

Bettina Habsburg-Lothringen

HAUS DER POLITIK DER REPUBLIK

Ein Zwischenbericht zum »Haus der Geschichte Österreich«

Museumspolitik – hier das Handeln des österreichischen Staates, der Länder und Kommunen zum Erhalt und zur Förderung der Museen – hat als Teil der Kulturpolitik in der öffentlichen Wahrnehmung keinen herausragenden Stellenwert. Dabei gab es in den letzten Jahren selbstverständlich zahlreiche museumspolitische Entscheidungen, die der sich wandelnden institutionellen Bedeutung von Museen Rechnung getragen und internationale Tendenzen zu Fragen des Sammelns, Bewahrens und Vermitteln von Kultur, Kunst und Natur nachvollzogen haben. Ein Resultat jüngerer Museumspolitik ist beispielsweise die neugestaltete Ausstellung in Mauthausen, dem ehemals größten Konzentrationslager des nationalsozialistischen Regimes auf österreichischem Boden, inklusive der Etablierung eines zeitgemäßen Bildungsprogramms.¹

Öffentlich wahrgenommen wird Museumspolitik besonders im Fall der Neubestellung von Direktorinnen und Direktoren. Sie gewinnt zudem mediale Präsenz in der Ankündigung von Reformpapieren und Weißbüchern, deren Umsetzung allerdings eine Kontinuität bräuchte, die es in der Kulturpolitik Österreichs mit gleich mehreren zuständigen Ministerinnen und Ministern in den letzten Jahren nicht gab. Diese haben jeweils eigene Interessen, Leidenschaften und Projekte in ihr Amt eingebracht, und die Fortführung begonnener Projekte war selbst dann nicht garantiert, wenn die zuständigen Politiker/innen ein und derselben Partei angehörten.

1 Vgl. <<https://www.mauthausen-memorial.org>>.



Eingangsportal der Neuen Burg am Heldenplatz in Wien, wo am 10. November 2018 das »Haus der Geschichte Österreich« eröffnet wurde. Zeithistorisch ist vor allem der Balkon der Neuen Burg von Bedeutung, da Adolf Hitler von hier aus am 15. März 1938 den »Anschluss« Österreichs ans Deutsche Reich verkündete.

(Foto: Hertha Hurnaus, <<https://www.hurnaus.com>>)

Aktuell werden die Kulturagenden in einer ÖVP-FPÖ-Regierung durch einen Minister aus dem Team der ÖVP verantwortet. Im Regierungsprogramm sind durchaus plausible Vorhaben für die Museen genannt, etwa eine Evaluierung der bestehenden Strukturen, die Sicherung und fortlaufende Digitalisierung der Sammlungen, Schwerpunkte in den Bereichen Restaurierung und Sammlungsentwicklung sowie zusätzliche Angebote für das junge Publikum.² Wiewohl die genannten Punkte von den Museen selbst als Prioritäten gesetzt werden könnten, bedeutet ein politisches Bekenntnis dazu doch mögliche zusätzliche Mittel oder die Schaffung eigener Förderprogramme. Ein Ziel des Ministers ist es zudem, in der Kulturförderung für mehr Transparenz zu sorgen.³ Die Vertreter/innen der Opposition sehen bislang allerdings wenig Hinweise auf die Umsetzung dieses Programms und kritisieren eine »an der

2 Vgl. Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017–2022, S. 92-96.

3 Vgl. Parlamentskorrespondenz Nr. 1395, 28.11.2018.

Kultur völlig desinteressierte Regierung«: Reformen und Ausschreibungen würden verschleppt, für den parlamentarischen Kulturausschuss gebe es keine Termine, und mit Kultur- und Medienschaffenden fehle der Austausch, so die Klage.⁴

Der österreichische Staat engagiert sich auf Bundesebene im Bereich der Museen, in erster Linie ist Museumspolitik aber eine Angelegenheit der Länder. Zudem spielt sie sich auf Ebene der Städte und Gemeinden ab. Im Idealfall korrespondieren diese Ebenen miteinander – beispielsweise, wenn der Bund sich einbringt, wo lokale Instanzen finanziell überfordert sind, aber ein gesamtstaatliches Interesse besteht. Es stellt sich die Frage, inwiefern Museumspolitik überhaupt brisant sein kann. Sie war es in den letzten Jahren bei einzelnen Fällen fragwürdiger Mittelverwendung oder eben solcher Sammlungsübernahmen – Ereignisse, die die Frage der politischen Verantwortung und gesetzliche Änderungen nach sich gezogen haben. Ein brisanter Fall von Museumspolitik ist zudem das »Haus der Geschichte Österreich«.

Bislang gibt es in Österreich kein Museum, das einen breiten Überblick zur Geschichte des Landes bietet. Wie lässt sich dies erklären? Das Museum war und ist ein wichtiger Faktor beim Denken, Aushandeln und Kommunizieren von Identität. Wie die britische Museologin Sharon Macdonald ausführt,⁵ begründeten Museen im 19. Jahrhundert nationalstaatliches Bewusstsein wesentlich mit und waren bereits durch ihre bloße Existenz Belege nationaler Eigenständigkeit und Identität. Was befähigte gerade Museen dazu? Macdonald zufolge ließ sich die individuelle Identifikation mit Großgemeinschaften nicht mehr auf erlebte Beziehungen stützen, sondern musste in verbindenden Ideen, in gemeinsamen Symbolen und Objekten kulturell fundiert werden. Dementsprechend wurden archäologische, historische und kunsthistorische Objekte als dreidimensionale Belege nationaler Einheit zusammengetragen und zur Etablierung oder Festigung der Vorstellung *einer* gemeinsamen Geschichte und Identität präsentiert.

Die Gründung eines solchen Museums als Ort nationaler Selbstrepräsentation fand im 19. Jahrhundert in Österreich nicht statt. Der Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie korrespondierte nicht mit dem Konzept des *einen*, gemeinsamen Museums und brachte Geschichtsmuseen nur für einzelne Länder hervor: So wurde beispielsweise das Joanneum in Graz 1811 dezidiert als »National-Musäum« von Innerösterreich gegründet, in dem der Bevölkerung gezeigt werden sollte, was »die Natur, der Zeitwechsel, menschlicher Fleiß und Beharrlichkeit hervorgebracht haben«. Als erster Sammlungsbereich der »vaterländischen Anstalt« wurde die Geschichte des Landes genannt, deren Kenntnis es ermöglichen sollte, sich »mit ganzem Herzen ans theure Vaterland anzuschließen«.⁶ Die Geschichte Österreichs war vor diesem Hintergrund seit dem 19. Jahrhundert in unterschiedlichen Einrichtungen und immer in

4 Vgl. etwa: Herbe Oppositionskritik an »nicht amtsführendem Kulturminister«, in: *Kurier*, 12.9.2018.

5 Vgl. Sharon J. Macdonald, Nationale, postnationale, transkulturelle Identitäten und das Museum, in: Rosmarie Beier (Hg.), *Geschichtskultur in der Zweiten Moderne*, Frankfurt a.M. 2000, S. 123-148.

6 Vgl. Gründungsstatuten des Joanneums, 16.7.1811, URL: <<https://www.museum-joanneum.at/das-joanneum/unsere-geschichte>>.

Teilaspekten präsent, so im Technischen (TMW) und im Heeresgeschichtlichen Museum (HGM) in Wien oder den diversen Kunstgewerbe-, Volkskunde- und heimatkundlichen Museen in den Regionen.

Für die letzten Jahrzehnte lassen sich mehrere neue Entwicklungen im Bereich der musealen Geschichtsvermittlung erkennen. Die Zunahme des Städtetourismus hat vor allem in Wien ein Mehr an Habsburger-Hochglanzgeschichte etwa im Schloss Schönbrunn oder dem Sisi Museum in der Hofburg mit sich gebracht. Dem wachsenden Tourismus verdankt sich auch der Erfolg kommerzieller Angebote wie der Multimedia-Show »Time Travel«, einer »Erlebnis-Tour« durch »2000 Jahre Wiener Geschichte« mitsamt Pestgrube und dynamischer Installation zu den Bombardierungen des Zweiten Weltkrieges, die im Sommer 2018 den millionsten Besuch verzeichnen konnte.⁷ Eine tiefergehende Befassung mit der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts hat weder in den öffentlich finanzierten touristischen Angeboten noch in privat initiierten Geschichtseinrichtungen Platz. Sie wird im kleineren Rahmen in diversen Spezialmuseen und weiteren Institutionen aufbereitet, so im Jüdischen Museum Wien, im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, im Wien Museum oder in dem bereits genannten Ausstellungs- und Bildungsprogramm in Mauthausen. Über die Einrichtung eines eigenständigen Hauses zur jüngeren Geschichte bzw. zur Geschichte der Republik Österreich wurde hingegen jahrzehntelang lediglich diskutiert.⁸

Wie der Historiker Dirk Rupnow in seinem Aufsatz »Nation ohne Museum?«⁹ ausführlich dargelegt hat, gab es unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gleich mehrere Initiativen zur musealen Geschichtsvermittlung und Identitätsstiftung. Für das Heeresgeschichtliche Museum wurde eine Neueröffnung in der Hofburg als »Österreichisches Nationalmuseum« erwogen. Karl Renner, von 1945 bis 1950 der erste Bundespräsident der Zweiten Republik, bemühte sich, ebenfalls in der Hofburg, um ein »Museum zur Ersten und Zweiten Republik«, das allerdings ebenso wenig Bestand hatte wie August Ritter von Loehrs »Museum Österreichischer Kultur« in der Neuen Burg.

Vor dem Hintergrund der in den späten 1980er-Jahren aufgebrochenen Diskussion um die Beteiligung von Österreicherinnen und Österreichern an NS-Verbrechen und der Abkehr von der staatlichen Opferthese gab es in den 1990er-Jahren, so Rupnow weiter, auffällig viele Initiativen zur musealen Zeitgeschichtsvermittlung. Für das Wiener Palais Epstein wurde sowohl ein »Haus der Toleranz« als auch ein »Museum der Republik« diskutiert. Das HGM sollte unter der Leitung von Manfred Rauchensteiner um die Geschichte der Republik erweitert und endgültig zu einem »Österreichischen Nationalmuseum« umgebaut werden. Der Grazer Historiker Stefan Karner

7 Vgl. <<https://www.timetravel-vienna.at>>.

8 Für sehr unterschiedliche Perspektiven und Bewertungen auf dem Stand von 2015/16 siehe Thomas Winkelbauer (Hg.), *Haus? Geschichte? Österreich? Ergebnisse einer Enquete über das neue historische Museum in Wien*, Wien 2016, und dazu die Rezension von Carlo Moos, in: *H-Soz-Kult*, 25.10.2016, URL: <<https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-26431>>.

9 Dirk Rupnow, *Nation ohne Museum?*, in: ders./Heidemarie Uhl (Hg.), *Zeitgeschichte ausstellen in Österreich. Museen – Gedenkstätten – Ausstellungen*, Wien 2011, S. 417-463.

legte ein erstes Konzeptpapier für ein »Haus der Zeitgeschichte« vor. Im Auftrag der Bundesregierung wurden in den späten 1990er-Jahren gleich zwei Machbarkeitsstudien angefertigt: Für das SPÖ-geführte Wissenschaftsministerium konzipierte der Politikwissenschaftler Anton Pelinka ein »Haus der Toleranz«, während Karner und Rauchensteiner für das ÖVP-geführte Unterrichtsministerium ein »Haus der Geschichte der Republik Österreich« skizzierten. Beide Konzepte gelangten jedoch nicht zur Umsetzung. Die universitären Geschichts- und Zeitgeschichts-Institute kritisierten die Projekte im Januar 2000 als »Proporz-« und »Auftragsgeschichtsschreibung«.¹⁰

Zu Beginn der 2000er-Jahre wurde im Hinblick auf gleich mehrere Jubiläen im Jahr 2005 (60 Jahre Zweite Republik, 50 Jahre Staatsvertrag, 10 Jahre EU-Mitgliedschaft etc.) eine Kommission eingerichtet, die sich um die Planung einer Ausstellung bemühen sollte, auch im Hinblick auf die Errichtung eines »Hauses der Zeitgeschichte«. Erneut gab es Protest seitens der wiederum nicht einbezogenen universitären Zeitgeschichtsforschung. Eine zentrale Ausstellung kam 2005 nicht zustande. Karner kuratierte für die niederösterreichische Schallaburg die Schau »Österreich ist frei!«. Im Wiener Belvedere wurde »Das neue Österreich« gezeigt, unter anderem getragen vom ehemaligen SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch. Aus dem Umfeld der letztgenannten Ausstellung kam schließlich das Plädoyer, die beiden Ausstellungen nach ihrem Ende mit einer weiteren aus dem Jüdischen Museum Wien, der Schau »Jetzt ist er böse, der Tennenbaum«, dauerhaft zu vereinen. Dies wurde zwar nicht umgesetzt, aber zwei Minister aus dem Team der ÖVP (zuständig für die Bereiche Unterricht und Inneres) beriefen 2006 erneut eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, ein grundlegendes Konzept für ein »Haus der Geschichte der Republik Österreich« zu erstellen. Die Kritik der universitären Zeitgeschichte führte immerhin zur Schaffung einer ergänzenden Runde von Expertinnen und Experten. Die Wahlen im Jahr 2007 brachten eine neue Regierung unter SPÖ-Kanzlerschaft und im Koalitionsabkommen erneut ein Bekenntnis zur Einrichtung eines »Hauses der Geschichte«. 2008 erhielt ein Museumsberatungsunternehmen den Auftrag für ein Detailkonzept. Dieses wurde 2009 zwar vorgelegt, aber (bis 2015) nicht veröffentlicht. Eine 2008 unter anderem von Karner kuratierte »Republik.Ausstellung 1918/2008« im Parlament wurde indes vom ÖVP-Vizekanzler Wilhelm Molterer als Vorgriff auf ein »Haus der Geschichte« beschrieben.

Ein solches wurde nun schließlich am 10. November 2018 unter Leitung der Historikerin Monika Sommer mit der Ausstellung »Aufbruch ins Ungewisse« in der Neuen Burg am Wiener Heldenplatz eröffnet. Inhaltlich setzt die Ausstellung in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein und widmet sich vorrangig der Zeit von 1918 bis zur Gegenwart. In einer Verschränkung von Chronologie und Schwerpunktthemen werden zentrale Entwicklungen von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft im europäischen und internationalen Kontext vermittelt. Durchgängiges Moment des dichten Themenparcours auf zu kleiner Fläche ist die Bedeutung der Demokratie.

¹⁰ Vgl. Resolution, 21.1.2000, URL: <<http://museologien.blogspot.com/2015/02/breite-historikerfront-gegen-das-haus.html>>.



Ausstellungsansicht mit dem »Waldheim-Pferd« nach einem Entwurf des Künstlers Alfred Hrdlicka (1928–2009). Der spätere österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim (1918–2007) hatte seine Tätigkeit als Offizier der Wehrmacht in biographischen Angaben ausgelassen und seine Mitgliedschaft bei einer SA-Reiterstandarte im Zuge des Wahlkampfs geleugnet. Dies kommentierte der SPÖ-Chef und Bundeskanzler Fred Sinowatz 1986 so: Er nehme zur Kenntnis, dass nicht Waldheim, sondern nur sein Pferd bei der SA gewesen sei.

(Foto: Hertha Hurnaus, <<https://www.hurnaus.com>>)

Dementsprechend wird den Brüchen innerhalb der österreichischen Demokratiegeschichte der letzten 100 Jahre und den Folgen einer Abwesenheit von Demokratie und Rechtsstaat, allen voran zur Zeit des Nationalsozialismus, in angemessener Weise Aufmerksamkeit zuteil. Die nur zögerliche Auseinandersetzung mit der Beteiligung von Österreichern und Österreicherinnen an den NS-Verbrechen sowie die schlussendliche Abkehr von der These, Österreich sei »erstes Opfer« der NS-Politik gewesen, wird rund um Alfred Hrdlickas räumlich zentral positioniertes, äußerst wirkmächtiges »Waldheim-Pferd« thematisiert.

Besonderen Wert legte das kuratorische Team zudem auf die Repräsentation der Geschichte möglichst vieler, vor allem auch im Museum bislang nicht angemessen vertretener gesellschaftlicher Gruppen. Die institutionelle Identität des Hauses¹¹ als »Forum« und »Ort der Begegnung« wurde bereits mit dem Konzept von 2009

11 <<http://haus-der-geschichte.at/Konzept/Mission.pdf>>; <https://www.hdgoe.at/items/uploads/module_pdf/1539788353_iC0rw75WajKQ.pdf>.



»Haus der Geschichte Österreich«, Ausstellungsteil »Gleiche Rechte«. Mit der Gründung des Hauses begann der Aufbau einer Sammlung, die neben diversen Leihgaben die Basis der Eröffnungsausstellung bildet. Die reduzierte Gestaltung gibt den heterogenen Objektbeständen einen einheitlichen Rahmen; sie strukturiert aber weder die Ausstellung noch die Bedeutungsträger innerhalb einzelner Kapitel in einer die Rezeption begünstigenden Weise.

(Foto: Hertha Hurnaus, <<https://www.hurnaus.com>>)

grundgelegt¹² und mit der Umsetzungsstrategie von 2015 gestärkt.¹³ Sie zeigt sich heute unter anderem in der Thematisierung sehr aktueller Entwicklungen und Debatten inklusive der dazugehörigen Objekte: So wird etwa auf den letzten Metern der Schau eine Reihe von grellfarbigen Strickmützen der Initiative »OMAS GEGEN RECHTS« präsentiert – eine zivilgesellschaftliche, überparteiliche Initiative älterer Damen mit Interesse am politischen Diskurs und Leidenschaft unter anderem für die Stärkung der parlamentarischen Demokratie in einem gemeinsamen Europa.¹⁴

Dass das »Haus der Geschichte Österreich« (HGÖ) eröffnet werden konnte, verdankt sich politisch letztlich der Initiative des SPÖ-Ministers Josef Ostermayer, von 2013 bis 2016 zuständig für die Kulturagenden, sowie seinem unmittelbaren Nachfolger Thomas Drozda (Bundesminister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien im Bundeskanzleramt 2016/17, SPÖ), der die Umsetzung auf einer Ausstellungsfläche von 770 qm sicherstellte. Hintergrund der bescheidenen Dimension ist eine jahrelange

12 Vgl. Claudia Haas, Haus der Geschichte Österreich – Konzept, Wien 2009.

13 <https://www.hdgoe.at/items/uploads/module_pdf/1539788207_6qRgChQ16tiq.pdf>.

14 Vgl. <<https://omasgegenrechts.at>>.



Der »Vermittlungsraum« im »Haus der Geschichte Österreich« steht für die Offenheit der Auseinandersetzung mit Geschichte.

(Foto: Hertha Hurnaus, <<https://www.hurnaus.com>>)

Standortsuche, die Ostermayer 2014 mit der Entscheidung beendete, das Haus in der zentral gelegenen Neuen Burg einzurichten. Mit dem »Weltmuseum« und der »Sammlung alter Musikinstrumente« des Kunsthistorischen Museums sind dort aber bereits zwei Ausstellungen mit entsprechendem Platzbedarf untergebracht.

In seiner Zugänglichkeit alles andere als ideal, wurde nun mit dem HGÖ eine Ausstellung mit 18-monatiger Laufzeit in den Räumlichkeiten des Kunsthistorischen Museums (KHM) eröffnet, organisatorisch an die Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB) angebunden. Der Mietvertrag mit dem KHM bis 2020 ist wie das Budget für das Jahr 2019 mittlerweile fixiert.¹⁵ Für die darüber hinaus reichende Zukunft gibt es eine positive Absichtserklärung und erste Richtungsangabe von Seiten des nunmehrigen ÖVP-Kulturministers Gernot Blümel, der sich gut zwei Wochen vor Eröffnung des Hauses zu Wort meldete. Seinen Angaben zufolge wird der Betrieb des Hauses evaluiert und die Standortfrage mithilfe einer Gruppe von Fachleuten geklärt werden. Die Eigenständigkeit und wissenschaftliche Unabhängigkeit des HGÖ soll durch

¹⁵ Vgl. dazu Nina Schedlmayer, »Eine Million ist viel zu wenig«, in: *profil*, 27.8.2018; Paula Pfoser, Mit Übergepäck Richtung Zukunft, in: ORF, 7.11.2018, URL: <<https://orf.at/stories/3099401>>.

seine organisatorische Herauslösung aus der ÖNB und eine künftige Anbindung ans Parlament mitsamt einem Kuratorium aus Vertreter/innen aller Parlamentsparteien gesichert werden. Vor diesem Hintergrund schlug der Minister einen neuen Namen vor, nämlich »Haus der Republik«.¹⁶

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Stefan Karner, seit den 1990er-Jahren einer der zentralen Akteure im Ringen um eine entsprechende Einrichtung auf Bundesebene, wurde bereits 2017 das »Haus der Geschichte Niederösterreich« im entsprechenden, traditionell ÖVP-regierten Bundesland eröffnet. Inhalt der Dauer Ausstellung sollte laut dem Konzept des wissenschaftlichen Fachbeirates vom November 2015 die Geschichte Niederösterreichs im Kontext europäischer Entwicklungen sein, beginnend mit der ersten Besiedlung.¹⁷ Heute werden auf 3.000 qm Fläche und in mehr als zehn »thematischen Längsschnitten« chronologische Entwicklungen innerhalb von Themen wie Herrschaft, Religion, Technik oder Wissenschaft mit einer Vielzahl von Objekten präsentiert.¹⁸

Welche Rückschlüsse erlauben nun die jahrelangen Debatten und das parteipolitische Engagement rund um das Wiener »Haus der Geschichte«? Museen wurden und werden von den Vertreter/innen der genannten Parteien immer noch als geschichtspolitische Instanzen angesehen, ihre Sammlungen und Ausstellungen als wirkmächtige Manifestationen und Bühnen von Weltbildern und Geschichtsdeutungen.¹⁹ Museen erreichen viele Menschen, beginnend mit zigtausenden Schulkindern jährlich. Mit der Bewertung einzelner Personen und Ereignisse haben sie das Potential, die Geschichtsbilder ihrer Besucher/innen zu prägen, die der Institution traditionell ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit zusprechen. Die Diskussionen der letzten Jahrzehnte zeigen zudem, dass es grundsätzlich unterschiedliche Annahmen über die gesellschaftliche Funktion zeithistorischer Museen und vergleichbarer Einrichtungen gibt.

Grob gesprochen finden zwei Vorstellungen institutioneller Identität, die beide gleichermaßen legitim sind, in entsprechend unterschiedlichen Konzepten ihren Ausdruck. Zum einen gab und gibt es Projekte, die eine Aktualisierung des Typs »Nationalmuseum« versuchen, zum Beispiel durch eine stärkere europäische Kontextualisierung nationaler Geschichte oder die Einbeziehung neuer, gegenwartsnaher Themenbereiche. Das Deutsche Historische Museum in Berlin oder das Landesmuseum Zürich sind Beispiele für diesen Ansatz. Zum anderen entstehen Einrichtungen – so etwa das Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel oder eben das Haus der Geschichte Österreich in Wien –, in welchen spezifische Ereignisse der Nationalgeschichte zum Ausgangspunkt einer generelleren Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Themen wie »Meinungsfreiheit« oder »Extremismus«

16 Vgl. Unstimmigkeiten über Haus der Republik, in: ORF, 24.10.2018, URL: <<https://wien.orf.at/news/stories/2943464/>>.

17 Vgl. <http://www.haus-der-geschichte.at/Kooperationen/Bilder_HGNOE/Booklet.pdf>.

18 Vgl. <<http://www.museumnoe.at/de/haus-der-geschichte>>.

19 Vgl. Katrin Pieper, Resonanzräume. Das Museum im Forschungsfeld Erinnerungskultur, in: Joachim Baur (Hg.), *Museumsanalyse. Methoden und Konturen eines neuen Forschungsfeldes*, Bielefeld 2010, S. 187-212, hier S. 198f.

genommen werden. Während Einrichtungen des ersten Typs überblicksartige und umfassende Darstellungen von Nationalgeschichte mit einer Vielzahl von Objekten anbieten, wollen die Vertreter/innen des zweiten Typs ihre Häuser eher als gegenwarts- und zukunftsorientierte Orte des Aushandelns und der Moderation verstanden wissen.

In den Debatten um das »Haus der Geschichte Österreich« spiegelt sich ein über Jahrzehnte prägendes, großkoalitionäres Mit- und Gegeneinander der stimmenmäßig lange Zeit stärksten Parteien SPÖ und ÖVP wider. Mittlerweile haben sich die politischen Mehrheiten verschoben, und die Regierung basiert auf einer ÖVP-FPÖ-Zusammenarbeit. Was das »Haus der Geschichte« anbelangt, so hat sich die FPÖ dazu weder im Vorfeld noch im Kontext der Eröffnung geäußert. Im Hintergrund steht vielleicht der Umstand, dass die FPÖ in den langen politischen Debatten um die Errichtung öffentlich wenig vertreten war. In die Planung sowie schlussendliche Umsetzung des Projekts war sie, weil erstere zeitlich vor der Regierungsbildung und zweitens außerhalb der Ressortzuständigkeit lag, nur bedingt eingebunden. Gleichzeitig war die FPÖ im Vorfeld der HGÖ-Eröffnung mit einem eigenen »Geschichtsjahrprojekt« medial präsent: mit der Eröffnung eines privat finanzierten Denkmals für die sogenannten Trümmerfrauen. Weil dieser Mythos durch die heutige Geschichtswissenschaft kritisch betrachtet wird,²⁰ kann die Errichtung des Denkmals durchaus als Infragestellung der seit den späten 1980er-Jahren allmählich gewandelten österreichischen Erinnerungspolitik gewertet werden.

Die weitere Entwicklung des »Hauses der Geschichte Österreich«, sein Programm, sein Standort und seine finanzielle Ausstattung sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. All dies wird von museologischen Tendenzen im Bereich zeitgeschichtsvermittelnder Museen und weiterer Institutionen in Europa ebenso geprägt sein wie von fachwissenschaftlichen Debatten rund um Themen des 20. und frühen 21. Jahrhunderts. Wesentlich wird seine Entwicklung aber auch von den politischen Rahmenbedingungen und dem Engagement der zuständigen Politikerinnen und Politiker abhängig sein.

Für zusätzliches Bildmaterial siehe die Internet-Version unter
<<https://zeithistorische-forschungen.de/1-2019/id=5687>>.

Dr. Bettina Habsburg-Lothringen

Universalmuseum Joanneum | Museum für Geschichte

Sackstr. 16 | A-8010 Graz

E-Mail: bettina.habsburg-lothringen@museum-joanneum.at

20 Vgl. Olga Kronsteiner, Die FPÖ huldigt dem Mythos Trümmerfrau, in: *Standard*, 1.10.2018, URL: <<https://derstandard.at/2000088454468/FPOe-huldigt-dem-Mythos-Truemmerfrau>>.